

Italien auf der Suche nach Wachstum

EUROKRISE Trotz Strukturformen der Regierung Renzi kommt die italienische Wirtschaft nicht vom Fleck. Nach anfänglichen Erfolgen droht Italien nun sogar erneut die Rezession.

ROMAN ARENS, ROM
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Am 5. August 2011 erhielt der damalige italienische Premier einen Brandbrief, unterzeichnet vom Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, und seinem bereits designierten Nachfolger Mario Draghi, zu der Zeit noch Gouverneur der Notenbank seines Landes. Drei Monate später musste Silvio Berlusconi seinen Hut nehmen, um einen Staatsbankrott zu vermeiden.

Pro Monat eine Reform

Fast so dramatisch wie vor drei Jahren, aber im Ton konziliant meldete sich Draghi am Donnerstag, um die Langsamkeit der Strukturformen – zum Beispiel in Bürokratie, Arbeitsmarkt und Justizsektor – für das Ausbleiben von Wirtschaftswachstum verantwortlich zu machen. «Alle diese Reformen würden schnell ihre Effekte spürbar werden lassen», meinte der Euro-Banker. Und da er schon viele Ankündigungen – nicht nur aus Italien –, aber sehr viel weniger Meldungen über Reformenvollzug gehört hat, erhob Draghi eine auffällige Forderung: Die nationalen Regierungen sollten auf ihre eigene Souveränität bei den wirtschaftlichen Reformen verzichten. Dies gefiel Regierungschef Matteo Renzi nicht. Aber ansonsten blieb ihm nichts anderes übrig, als seinem Landsmann aus der EZB zuzustimmen und die Möglichkeit eines neuen Brandbriefs aus Frankfurt oder gar einer demütigenden Überwachung durch die EU-Troika weit von sich zu weisen. Vor einem halben Jahr hat der forsche Bürgermeister aus Florenz seinen Parteifreund Enrico Letta rüde aus dem Amt des Ministerpräsidenten gekippt, um endlich die überfälligen Veränderungen zu verwirklichen. Pro Monat eine Reform versprach der 39-Jährige vollmundig.

Bis zum gestrigen Freitag hat er aber nur eine geschafft, die auch noch drei weitere parlamentarische Runden und ein Referendum durchlaufen muss. Nach monatelangen parlamentarischen Kraftakten und Obstruktion mit 7800 Änderungsanträgen wurde im Senat eine Verfassungsreform verabschiedet, deren Kernstück eine Quasi-Selbstabschaffung des Senats ist. Damit sollte jetzt das



Die Reformen des italienischen Regierungschefs Matteo Renzi verfehlen bisher ihre gewünschte Wirkung. EPA/Stephanie Lecocq

Senat verabschiedet Verfassungsreform

ROM sda. Im italienischen Senat hat Premier Matteo Renzi einen wichtigen Sieg zu feiern. Der Senat verabschiedete gestern seinen Entwurf zur Verfassungsreform. Damit soll das seit der Nachkriegszeit geltende und blockadeanfällige Parliamentssystem mit zwei gleichberechtigten Kammern überwunden werden. Das Reformprojekt wurde mit 183 gegen 4 Stimmen verabschiedet. Dem Votum blieben alle Vertreter der Oppositionsparteien fern mit Ausnahme derjenigen der Forza Italia.

Die Reform der Verfassung mit der Abschaffung des von den Italienern direkt gewählten Senats ist eine der wichtigsten Reformen im Programm der Regierung von Renzi. Der neue Senat soll der Abgeordnetenkammer den Grossteil der Arbeit überlassen und deshalb auch nicht mehr aus gewählten Senatoren bestehen, sondern aus Vertretern der Regionen und Grossstädte. Die Zahl der Mitglieder wird von 315 auf 100 reduziert. Sie sollen nicht mehr direkt gewählt werden, sondern ähnlich wie in Deutschland und Österreich Ausdruck lokaler und regionaler Vertretungen sein. Senatoren sollen nur noch bei Gesetzen mitreden, die die Kommunen oder Regionen betreffen.

Bruttoinlandsprodukt in Italien Wachstum in Prozent

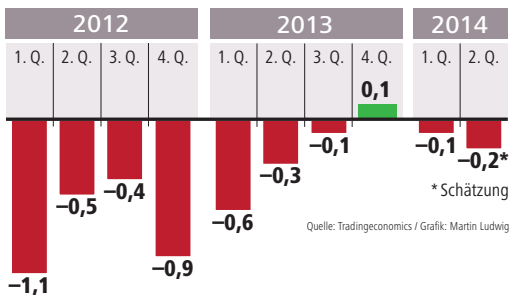


Image des furchtlosen Reformators Renzi wieder hell erstrahlen.

Zu wenig Wachstum

Doch in dieser Woche wurden die grossen Scheinwörter weg vom Kampf um den Senat, hin zur bitteren öko-

nomischen Realität gedreht: Italien ist in die wirtschaftliche Rezession zurückgefallen, das staatliche Statistikamt Istat verzeichnet mit -0,2 Prozent in diesem Jahr das zweite Quartalsminus in Folge, sodass die Prognose der Regierung für ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Pro-

zent im gesamten 2014 unrealistisch erscheint. Der Internationale Währungsfonds, der Industrieverband Confindustria und die Banca d'Italia rechnen mit nur 0,2 bis 0,3 Prozent.

Das neue Minus kommt nicht ganz überraschend, aber fällt in einen auch psychologisch ungünstigen, politisch angespannten Augenblick. Viertausend Lehrer, die eigentlich in Pension gehen wollten, müssen noch im Amt bleiben, weil Sparkommissar Carlo Cottarelli vor neuen Staatsausgaben warnt. «Wir brauchen 16 Milliarden Euro für 2015, die es uns erlauben, auch mit einem nicht üppigen Wachstum weit unter den 3 Prozent im Verhältnis von Defizit und Bruttoinlandsprodukt zu bleiben», sagt Renzi. Weit unter 3 Prozent? Jedenfalls beschwichtigen Renzi und sein Finanzminister Pier Carlo Padoa-Schioppa, dass Italien das Maastricht-Kriterium 2014 und 2015 nicht verletzen werde.

Nachhaltige Effekte bleiben aus

Mit einem Steuergeschenk von monatlich achtzig Euro für die Bezüger kleiner und mittlerer Einkommen wollte und will die Regierung die Stimmung verbessern und die Binnennachfrage be-

leben. Aber ein nachhaltiger Effekt, für den die Vertrauensgrundlage (noch) fehlt, blieb bislang aus.

Als der Einzelhandelsverband in diesen Tagen darüber maulte, gab der Regierungschef spitz und genervt zu rück, dass elf Millionen Italiener das anders sähen. Niemand zweifelt, dass die Strukturformen in Politikbetrieb, Bürokratie und Justiz nötig sind, um einen Aufschwung in Gang zu bringen. Aber in einem Land mit einem stark spürbaren sozialen Niedergang müssen die Reformen schnell gehen. Doch nun erlebt der immer noch beliebte Premier mit dem Markenzeichen des Verändereis, wie zäh und verkrustet die alten Strukturen sind.

Die Schulden laufen schnell davon, inzwischen auf rund 2100 Milliarden Euro, das heisst auf über 130 Prozent des BIP. Rund achtzig Milliarden müssen jährlich für die Zinslasten ausgegeben werden. Renzi hat mit seinen flotten Sprüchen die Erwartungen hoch gehängt und findet Beifall, weil die Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen eine allgemeine ist. Aber er hat gelernt: «Es braucht keinen Sprinter, sondern einen Marathonläufer.»

«Wir brauchen Firmen, die uns mit Energie versorgen»

In der Zentralschweiz obliegt diese Aufgabe unter anderem den Central-schweizerischen Kraftwerken AG (CKW): Seit 119 Jahren erbringen diese (im Verbund mit 6 Gruppengesellschaften) Leistungen im Bereiche der Energieversorgung, entlang der ganzen Wertschöpfungskette – sozusagen von der Turbine bis zur Steckdose. CKW beschäftigt über 550 Mitarbeitende und betreibt, neben den Standorten Reussbühl und Rathsau, in Willisau, Schüpfheim, Sursee und Kissnacht je ein Netzbaumagazin. Rund 200 000 Endversorger (Private, Unternehmen und Gemeinden) zählen zur Kundschaft der CKW. Als Aktiengesellschaft



konstituiert, gehören 81 Prozent der Aktien der Axpo Holding AG mit Sitz in Baden (die Axpo Holding wiederum befindet sich zu 100 Prozent im Besitz der Nordostschweizer Kantone).

Der Kanton Luzern ist mit 9,9 Prozent an den CKW beteiligt. Die restlichen 9,1 Prozent CKW-Aktien befinden sich im Streubesitz, d. h. sind verteilt auf eine Vielzahl von Aktionärinnen und Aktionären. Jüngst hat das Unternehmen auf leider nur zum Teil erfreuliche Art und Weise Schlagzeilen gemacht.

Der frühere Chef der CKW, Andrew Walo, leitet seit einem knappen halben Jahr die Axpo Holding, d. h. sozusagen die «Muttergesellschaft» der CKW. Aus Sicht des Rechnungswesens bedeutet eine solche Mutter-Tochter-Konstellation, dass positive und negative Vorgänge der CKW auch einen Einfluss auf die Ergebnisse der Axpo

haben, d. h. die Konzernrechnung (Gruppenrechnung) beeinflussen. Die Axpo selber präsentiert sich eigentlich kerngesund: Die Bilanz beziehungsweise die Aufstellung der Vermögenswerte (Aktiven) und Schulden zeigt ausreichend Liquidität (etwas einfacher ausgedrückt: die Kasse ist gut gefüllt), und hohe Einnahmen zeigen, dass die Axpo ihre Projekte weitgehend aus

Stromkosten an den Gestehtungskosten des gesamten Kraftwerksparks der französischen Kraftwerke, nur ein kleiner Teil der Kosten ist variabel und unterliegt damit aktuellen Marktentwicklungen, welche ja, etwas pauschal ausgedrückt, durch sinkende Strompreise charakterisiert werden können.

Die CKW beziehen fast einen Viertel ihres Stroms über solche Verträge. Aus heutiger Sicht fast schon kurril wirkt der Umstand, dass im Rahmen der Verhandlungen mit der EU über einen Strombinnenmarkt die Schweizer Konzerne sich noch mit aller Kraft für solche Verträge eingesetzt hatten. Diese Bedingungen sind aus heutiger Sicht aber schlecht, auch, weil sie zum Teil noch mehr als 30 Jahre laufen und die Verluste damit schon programmiert sind. Der Konzern hat sich nun entschieden, die Abschreibungsdauer gewisser Strombezugsrechte von 40 auf 25 Jahre zu kürzen, weil auslaufende Verträge zum Teil wohl nicht verlängert werden. Dies erlaubt einerseits, die regelmässigen Abschreibungen zu erhöhen und andererseits in Zukunft (hoffentlich) weniger ausserordentliche Wertberichtigungen vorzunehmen. Es fragt sich nun, wie man im Rechnungswesen von heute mit den Verlusten von

AUSSICHTEN

eigener Kraft finanzieren kann und nicht neue Schulden machen muss.

Wo liegt nun das Problem? Es liegt nicht in einem Mangel an flüssigen Mitteln, sondern in einem wirtschaftlichen Problem: Die Axpo besitzt, vor allem auch über ihre Beteiligung an den CKW, einen umfangreichen Kraftwerkspark. Darin enthalten ist die heute leider als Verlustgeschäft zu bezeichnende Annahmeverpflichtung aus langfristigen Strombezugsverträgen in Frankreich, mit denen sich zu attraktiven Kosten Stromlieferungen aus französischen Kernkraftwerken fixieren liessen. Leider orientieren sich diese

Ein Blick in den neuesten veröffentlichten Geschäftsbericht der CKW zeigt rasch auf, wie hoch der Verlustbeitrag ist. Während am 1. Januar 2012 noch keine entsprechenden Verlustrisiken offengelegt wurden, ist mit dem Abschluss des Geschäftsjahres eine «Rückstellung für belastende Energiebeschaffungsverträge» in der Höhe von 37,8 Millionen Franken erstmals gebildet worden. Laut Anmerkung 27 des Anhangs der konsolidierten Jahresrechnung der CKW werden erkennbare Verluste aus der Energiebeschaffung von den Produktionswerken und langfristigen Bezugsverträgen berücksichtigt. Aus buchhalterischer Sicht ist morgen also bereits heute: Die geschätzten zukünftigen Verluste wurden in der Erfolgsrechnung 2012/13 als übriger Betriebsaufwand erfasst und drückten damit den Gewinn um rund 25 Prozent in die Tiefe, auf immerhin immer noch 133,2 Millionen Franken.

Marco Passardi ist Dozent und Projektleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug, Hochschule Luzern